



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

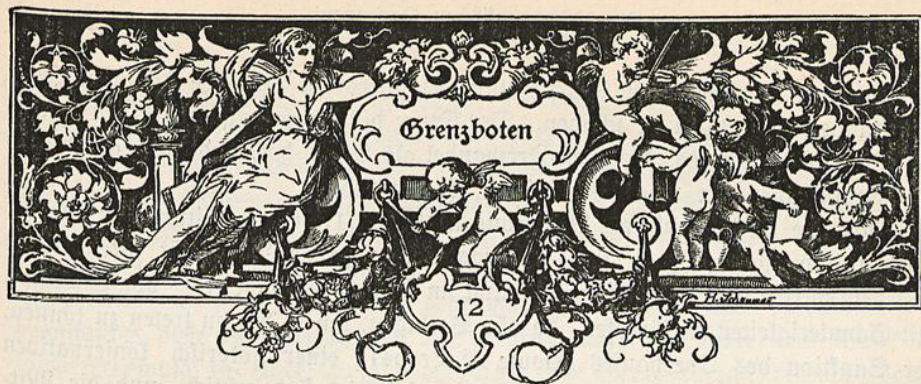
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Simmonds, S.: Aus dem englischen Parlament

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Aus dem englischen Parlament

Von S. Simmonds, London



ach erbittertem, für die Liberalen siegreichem Kampfe versammelten sich am 21. Februar in dem historischen Parlamentsgebäude die britischen Volksvertreter, und mit allem Pomp hat das Königspaar eine Regierungsperiode eröffnet, die eine große Tragweite in der Geschichte Englands zu gewinnen verspricht.

Die bevorstehenden Verhandlungen werden auch für das Ausland viele interessante Fragen behandeln. Doch um die Situation voll zu verstehen, muß man auf das Jahr 1906 zurückgreifen. Damals wurde die konservative Partei gestürzt, die mit einer Unterbrechung von nur drei Jahren seit 1886 unausgesetzt die Regierungsgeschäfte geleitet hatte.

Als Hauptursache für den Sturz der Konservativen ist der südafrikanische Krieg zu nennen. Der hatte von dem englischen Volke neben endlosen Enttäuschungen ungeheure pekuniäre Opfer gefordert und wollte nach Beendigung jahrelang die erwarteten Vorteile nicht bringen. Um der neuen Kolonie den Wiederaufbau der Industrie zu erleichtern, waren von der Regierung bedeutende Subsidien gewährt worden. Auch die blieben ohne den gewünschten Erfolg. Es hieß, daß der Arbeitermangel den Fortschritt hemme. Man verfiel nach Übereinkunft mit der chinesischen Regierung auf die Einfuhr gelber Coolies. Die Maßregel fand von vornherein beim englischen Volke sehr geteilte Beurteilung und erwies sich auf die Dauer als eine soziale Unmöglichkeit. So entstand der Sturm, der mit dem Sturz der konservativen Regierung endete. Ihren Anhängern mußte er als besonders unzeitig erscheinen, da Mr. Chamberlain, der frühere Kolonialminister und derzeit gefeiertste Staatsmann, mit hinreißender Redekunst das Volk für die Idee zu begeistern suchte, durch Abschaffung des seit den vierziger Jahren bestehenden Freihandels und Einführung von Schutzzöllen, unter Begünstigung

Grenzboten I 1910

67

der Kolonien, die englischen Märkte und besonders die englische Industrie gegen den Handel von außen zu schützen. Der Sturz der Regierung und das Auftreten des liberalen Regimes, das den Freihandel als Basis hat, bedeutete gleichzeitig das Fehlschlagen der Chamberlainschen Propaganda.

Als die liberal-radikale Regierung im Jahre 1906 die Leitung der Staatsgeschäfte übernahm, hatte sie — obwohl ihre große Majorität ihren neuen Gesetzentwürfen eine leichte Genehmigung im Parlamente sicherte — von Anbeginn mit Schwierigkeiten zu kämpfen, da alle Vorlagen, um in Aktion treten zu können, der Sanktion des Oberhauses (House of Lords), einer notorisch konservativen Kammer, bedürfen. Die Sitze im House of Lords sind erblich, und die Mitglieder (Peers) rekrutieren sich vornehmlich aus den obersten Klassen, den begütertesten Adelsfamilien des Reiches. Abgesehen von den auf Grund ihrer eigenen politischen Verdienste zu Mitgliedern des Hauses Ernannten setzt sich der übrige, weitaus größere und daher entscheidende Teil desselben aus Peers zusammen, die ihre Sitze erblich erworben haben.

Der Abneigung der Kammer gegen liberale Maßregeln ist es zuzuschreiben, daß sie manche Gesetze, die die soziale Wohlfahrt des Landes gefördert hätten, verwarf; andererseits hat sie indessen Gesetze genehmigt, wenn sie von dem ausdrücklichen Willen der Mehrheit des Volkes unterstützt wurden.

Durch die ungewohnte starke Einmischung des Oberhauses in die Regierungsgeschäfte der Liberalen spitzten sich die Gegensätze zwischen beiden während einer vierjährigen Administration andauernd zu, und als am Schlusse des Finanzjahres 1908/1909 die Regierung im Budget ihre Bestimmungen über die Erhebung von Steuern zur Beschaffung der staatlichen Ausgaben niederlegte, versagte das House of Lords die Sanktion.

Die Liberalen stützten sich auf die bekanntlich ungeschriebene und daher mehr auf Gewohnheit basierende Verfassung, nach welcher es dem Oberhaus nicht zustehe, das Jahresbudget zu beanstanden. Das House of Lords vertritt dagegen den Standpunkt, daß es durchaus das Recht habe, Einwendungen gegen ein Budget zu erheben, welches neue gesetzliche Maßregeln einschließe, die konstitutionell als Einzelgesetze beide Kammern zu passieren hätten.

In der Tat konnte das Budget den Lords wenig gefallen. Außer einer stärkeren Besteuerung von Spirituosen, die in der früheren Einzelgesetzvorlage bereits abgewiesen war, enthält es eine Klausel zur Erhebung von Steuern auf Grund und Boden, von denen besonders die großen Landeigentümer betroffen werden. Es ist bekannt, daß der stets wachsende Reichtum der englischen Aristokratie vornehmlich in großen Grundbesitzungen besteht, welche durch die Entwicklung der Industrie und im Zusammenhang damit durch Ausdehnung und Neuerstehen von Städten von Generation zu Generation im Werte gestiegen sind. Unendlich viele, weit verzweigte Landstrecken dienen ihren Besitzern als Jagdgebiete, liegen brach, bleiben unbebaut und bedeuten mit ihrem stetig wachsenden Wert eine sichere Spekulation. Teilweise um einen Anfang zu machen,

diesem Übel abzuhelpfen, und andererseits, um durch die Beschaffung der nötigen Staatsmittel der ärmeren Bevölkerung möglichst wenig neue Lasten aufzuerlegen, hat nun die Regierung im Budget die Bestimmung vorgesehen, daß die Steuer auf jedwedes Grundbesitzum in Zukunft von dem wirklichen derzeitigen Wert entrichtet werden soll und nicht, wie dies bisher bei unbebautem oder sonstigem Privatbesitz der Fall war, auf den ursprünglichen Erwerbswert, der oft nur einen kleinen Prozentsatz von dem gegenwärtigen Wert darstellt. Das Oberhaus beanstandet diese Besteuerung mit der Begründung, daß diese neue Basis der Steuererhebung in einer Einzelgesetzvorlage der Genehmigung des Oberhauses bedürfe und im übrigen eine sozialistische Tendenz verriete, indem sie auf eine von den Ultra-Liberalen befürwortete Verstaatlichung von Grund und Boden hingingelte. Die erfolgte Abweisung des Budgets bedeutete die Auflösung des Parlaments.

Es ist besonders interessant, daß in den nun entstandenen Parteikämpfen die Fragen, welche die Krisis herbeigeführt haben, ganz in den Hintergrund getreten sind. Dem Volk ist es auch ziemlich gleichgültig, ob die Lords konstitutionell das Recht haben, ein Budget zu verwerfen oder nicht. Der neue Vorschlag der Besteuerung von Grundbesitz ist an sich nicht unpopulär, doch das Volk hat zwischen zwei politischen Parteien zu wählen und sich zu vergegenwärtigen, von welcher die Landesinteressen und seine eigenen am besten gefördert werden.

Diejenige Partei, welche gewohnt war, sich von der Vorsehung als für die Regierung prädestiniert zu halten, ist die Partei der oberen Klasse, der Konservativen. Ihre Anhänger werden auch Unionisten genannt. Die Bezeichnung stammt aus den achtziger Jahren, als Gladstone im Parlament eine Vorlage einbrachte, welche Irland Selbstregierung (Home Rule) gewähren sollte. Die beabsichtigte Maßregel hatte zur Folge, daß sich ein großer Teil seiner liberalen Anhänger von ihm lossagte und zu den Konservativen überging, welche für die Aufrechterhaltung der Reichseinheit (Union) in der bestehenden Form eintraten. Die Bezeichnung „Unionisten“ im Sinne dieser Stellungnahme zu Irland gilt seitdem mit heute nicht mehr ganz unbedingter Berechtigung für alle Konservativen. Unter der Fahne der Liberalen steht die Arbeiterpartei, sowie mit wenigen Ausnahmen die nach wie vor nach selbständiger Regierung strebende Gruppe der irländischen Volksvertreter, auch Nationalisten genannt.

Die Hauptfrage, in der sich die beiden großen Parteien gegenüberstehen, welche die Wohlfahrt des Landes aufs tiefste berührt, ist: Erhaltung des Freihandels in liberalem Sinne gegenüber der von der konservativen Partei angestrebten Einführung von Schutzzöllen. Diese Frage ist in ihrem Einfluß auf den Gesamthandel des Vereinigten Königreichs, in ihrer Wirkung auf die Staatsmaschine so komplizierten Charakters, daß sie weit über das Verständnis des Durchschnittswählers hinausgeht. Es erklärt sich daher, daß die Parteiführer und ihre Anhänger zu größeren Mitteln greifen mußten, um

das Volk für ihre Sache zu gewinnen. Dies gröbere Mittel war der Hinweis auf die Lage des Deutschen Reichs.

Mit der Entwicklung, dem Aufblühen der deutschen Industrie und des Handels seit den siebziger Jahren ist für England ein machtvoller Konkurrent erstanden. Mit der zeitgemäßen Erziehung der deutschen Jugend im allgemeinen, ihrer guten Vorbereitung für die Erfordernisse des Erwerbs und speziell mit dem steten Fortschritt auf allen technischen Gebieten konnte es den Deutschen gelingen, durch intelligente Ausnutzung aller Möglichkeiten nicht nur die eigene Industrie auf ihre jetzige Höhe zu bringen, sondern im Weltmarkt eine Stellung zu erringen, die in ihrer Bedeutung dem englischen Volke auf Schritt und Tritt vor Augen geführt wird. Der Freihandel in England ermöglicht es — und es wird ihm dies besonders zur Last gelegt —, daß die ausländische Industrie mit der einheimischen in ungehemmte Konkurrenz treten kann. — In diesem Wettstreit haben deutsche Artikel aller Art dermaßen das Feld gewonnen, daß sie jetzt unter den Lebensbedürfnissen des englischen Volkes einen wichtigen Platz einnehmen. Was ist natürlicher, als daß die große Menge sich fragt: Wie kommt es, daß unsere eigene Industrie uns nicht versorgt, daß wir einem fremden Lande Arbeit und Verdienst verschaffen? Wie kommt es, daß ein fremdes Land unsere Märkte erobert? Hat der Freihandel unsere einheimische Industrie ruiniert? Niemand fragt: Warum ist der Deutsche konkurrenzfähiger?

Die Vorteile des Freihandels sind freilich für die große Menge weniger in die Augen fallend. Sie urteilt nach dem, was sie sieht, und ihr Blick fällt auf große Prozessionen von „Arbeitslosen“, die in langen Reihen demonstrativ durch die Straßen ziehen. Wie viele Müßiggänger sich darunter befinden, die aus allen Richtungen kommend in London zusammenschießen, um unter dem Banner der Notdurst der Wohlthätigkeit zur Last zu fallen, ist nicht ersichtlich, auch bleibt die Frage offen, wie sich nach Abrechnung dieser Unverwendbaren die Anzahl der Arbeitslosen mit der anderer Länder vergleichen läßt, denn Arbeitslose gibt es jederzeit und allerorten, je nachdem wie Industriezweige von einer auf- und absteigenden Tendenz beeinflusst werden.

So war für die nach Schutzzöllen strebende Partei das Feld gut vorbereitet, um den vertagten Plan Chamberlains zu erneuerter, energischer Attacke zu bringen. Die Wahlredner machten von der günstigen Lage ausgiebigen Gebrauch und ließen es an grotesken Übertreibungen nicht fehlen. Deutschland wurde den aufgeregten Massen als ein Land vorgeführt, das ein nie gesehenes Aufblühen in Handel und Industrie einzig und allein seinen Schutzzöllen zu verdanken hat. Nur den Schutzzöllen ist es zuzuschreiben, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland auf ein Minimum herabgesunken ist. Man denke sich, selbst in der harten Winterzeit konnten in diesem beneidenswerten Lande nicht genügend Arbeitslose aufgetrieben werden, um in Berlin nach einem schweren Schneesturme die Straßen zu säubern! Das ganze Geschäft mußte tagelang ins Stocken geraten, nur weil es keine Arbeitslose gab, den Schnee wegzuschaukeln. Deutschland ist das Land,

wo Milch und Honig fließt. Armut ist eine „unbekannte Größe“, mit der nicht gerechnet zu werden braucht. Der deutsche Arbeiter führt bei regelmäßiger Beschäftigung jahraus jahrein ein sorgenloses Leben, und was er braucht, wird ihm von der Produktion des eigenen Landes zugeführt. So hat der Zolltarif Deutschland in ein Paradies verwandelt, und alles, was es an Überfluß hervorbringt, findet bequemen, gewinnbringenden Absatz in dem durch Freihandel ruinierten Vereinigten Königreich. Doch nicht nur hat dieser mächtige Konkurrent die einheimischen Märkte erobert, nein, der Blütestand seiner Industrie hat es ihm ermöglicht, auch im Welthandel unser gefährlichster Wettbewerber zu werden und eine Flotte zu bauen, die infolge des mangelhaften Schritthaltens während der vierjährigen liberalen Regierungsperiode unsere eigenste Existenz zu bedrohen beginnt.

Die liberalen Wahlredner begnügten sich damit, an den denkenden Menschen zu appellieren. Ihre Argumente beruhten auf Tatsachen, Erfahrung und Wissenschaft und waren durchweg von einer ruhigen und vernunftgemäßen Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Landes geleitet. Vor allem konnte der Handelsminister in Ziffern darlegen, daß der Handel, abgesehen von zeitweiliger Depression, entgegen den Behauptungen der Opposition, stetige Fortschritte macht und sich durchaus günstig mit dem anderer Länder, welche Schutzzölle haben, vergleichen läßt. Wohl herrschen Übelstände, die der Konkurrenz eine stärkere Hand gegeben haben, als es im Interesse des Landes ist, doch lassen sich diese nur durch soziale innere Reformen beseitigen, nicht durch Abschaffung des Freihandels, unter dem das Land groß geworden ist.

Die einfache Tatsache, daß das Inselreich für die Beschaffung genügender Lebensmittel stets auf das Ausland angewiesen ist, beweist, daß die Einführung eines Zolltarifs eine Verteuerung des Lebensunterhalts im Gefolge haben muß, und somit die Lage der großen Menge nicht verbessert. Was den Import von fremden Fabrikaten anbetrifft, so kann der einheimische Fabrikant unter gleichen Bedingungen konkurrieren, und wenn er gleich leistungsfähig ist, wird er keine Schwierigkeiten haben, das fremde Fabrikat auszuschließen, wenn nicht, so ist das Volk besser daran, die billigere, wenn auch fremde Ware zu erhalten, als sich des teuren Preises wegen vielleicht ganz ohne sie begnügen zu müssen. Es geht hieraus hervor, wie falsch die Ansicht der großen Massen ist, die sich daran gewöhnt haben, fremde Waren als unwillkommene Eindringlinge anzusehen, die dem englischen Markt aufgedrängt seien. Die Gegner des Freihandels mögen insofern recht haben, als der Ausschluß fremder Fabrikate gewissen Zweigen der einheimischen Industrie zugute kommen muß. Doch würde andererseits die Einführung von Zöllen viele andere wichtige Industriezweige, z. B. solche, welche fremde Rohprodukte bezw. halbfertige Waren verarbeiten, aufs schwerste treffen, und viele geschäftige Zentren, die sich unter dem Freihandel als solche entwickelt haben, lahmlegen. Die Wahlen selbst haben die beste Antwort darauf gegeben. Alle großen Industriestädte haben fast ausnahmslos liberal gewählt.

Die Bedeutung des Inselreiches ist, wie jeder weiß, mit der Schifffahrt aufs engste verbunden. Ein wesentlicher Teil der verschifften Ladungen besteht aus fremden Waren, die von England weiterverkauft sind, und aus Durchgangsgütern. Der Tonnengehalt der jährlichen Verschiffungen von England ist größer als der der ganzen übrigen Welt zusammengenommen.

Die Gegner des Freihandels appellieren an den Patriotismus ihrer Volksgenossen. Die überseeischen Kolonien sind begierig — so sagen sie — mit dem Mutterland in intimere Handelsbeziehungen zu treten. Ist es nicht Pflicht eines jeden braven Patrioten, die ausgestreckte Hand zu ergreifen? Ist es nicht Pflicht, die eigenen verwandten Kolonien günstiger zu stellen als fremde Länder, ihnen Vorzugsbedingungen einzuräumen? Der kühne Finanzminister, der Verfasser des verhängnisvollen Budgets, gibt in seiner treffenden Weise die beste Antwort darauf: Hat man je einen Kaufmann gesehen, der ein Plakat an seine Tür hängt: Ich handle vorzugsweise mit meinen Verwandten!? Es drängt sich weiter die Frage auf: sind sich diese Enthusiasten nicht bewusst, daß ein schutzzöllnerisches England, das gewissen Ländern Vorzugsbedingungen einräumt, des Vorteils verlustig geht, den es überall für seinen Export als meist begünstigteste Nation genießt? Ist dieser Export nach Ländern, die keine englischen Kolonien sind, so unbedeutend, daß man ihm keine Rechnung zu tragen braucht?

Die wissenschaftliche Lösung der Frage ist durchaus zugunsten der Freihändler. Im Welthandel geschieht die Regulierung durch Austausch von Waren. Je größer der Import ist, desto größer ist der Export, und die künstliche Einschränkung des Imports, sei es durch Zolltarif oder andere Maßregeln, hat ein Zurückgehen des Exports im Gefolge, und umgekehrt. Warum, so fragen die Gegner des Freihandels, haben andere Länder Schutzzölle? Warum sollen unsere Waren mit Zoll belegt werden, während jeder Fremde seine Artikel zollfrei bei uns einführen kann? Die Antwort darauf ist folgende: Der Handel in diesen mit Zoll belegten Ländern, speziell in Deutschland, das sich erst allmählich nach den siebziger Jahren zu einer Weltmacht aufschwingen konnte, ist nicht so fest fundiert wie der des Inselreichs, das seit Jahrhunderten keine inneren Kriege durchzumachen hatte, die seinen Entwicklungsgang unterbrochen hätten. Die Einführung von Schutzzöllen hatte den ursprünglichen Grund, der einheimischen Produktion gegenüber der weit leistungsfähigeren Konkurrenz auf die Beine zu helfen, und ein Land, das diesen Schutz genießt, bezahlt den Tribut dafür aus eigener Tasche. Beweis: Von günstiger gestellten Außenhändlern könnte es bei zollfreier Einfuhr seine Waren billiger erhalten, und soweit es auf fremde Waren angewiesen ist oder solche vorzieht, bezahlt es den Zoll selbst. Die Abschaffung eines Tarifs ist aber mit den größten Schwierigkeiten verknüpft. Alle bestehenden Handelsverträge sind auf ihn aufgebaut. Der Fiskus rechnet seit Jahren mit den Einkünften, die ihm aus dieser Besteuerung erwachsen, und die Einführung eines neuen Systems würde auf lange Zeit hinaus eine bedenkliche Störung, in der Staatsmaschine wie im Handel selbst, hervorrufen. Als großer

Nachteil von Zöllen muß ferner hervorgehoben werden, daß sich, wie wir es besonders in Amerika, aber auch in Deutschland finden, unter den Großindustriellen des betreffenden Landes gar zu leicht Kartelle bilden, die den Preis ihrer Waren genau auf dem Niveau halten, der die fremden ausschließt, und sich so auf Kosten der Gemeinschaft einen unverhältnismäßig hohen Gewinn sichern.

Auf alle sonstigen irrigen und kurzfristigen Äußerungen, die in den Wahlagitationen in Verbindung mit Welthandel und Entledigung unliebsamer ausländischer Konkurrenz gefallen sind, gab der deutsche Gesandte in London, Graf Wolff-Metternich, auf einer patriotischen Festversammlung seiner Landsleute anläßlich des Geburtstags des Kaisers die treffende und würdige Antwort, die durch die Tagespresse seinerzeit bekannt gegeben worden ist. Mit dem Sieg der Liberalen besteht kaum ein Zweifel, daß das Budget nach einigen Anfechtungen siegreich das House of Commons passieren und bei Wiedervorlegung vom House of Lords sanktioniert wird.

Die Regierungspartei will sich jedoch mit dieser Satisfaktion nicht zufrieden geben, sondern verlangt, um die demokratischen Prinzipien des Landes sicher zu stellen, eine Abänderung der Konstitution, welche ein für allemal die Anerkennung der Beschlüsse der Volksvertreter gewährleistet, nicht nur mit Bezug auf Finanzen, sondern in allen Vorlagen, die durch Abstimmung die Genehmigung des Unterhauses gefunden haben. Dieser Vorschlag, der eine wesentliche Einschränkung der Rechte des Oberhauses bedeutet, wird bei einer Diskussion im House of Commons auf alle Fälle von den Konservativen aufs energischste bekämpft werden, da sie erfahrungsgemäß besonders als Oppositionspartei in einem machtvollen Oberhaus eine wertvolle Stütze haben. Es wird daher mit allgemeiner Spannung erwartet, welche Schritte die Liberalen unternehmen werden, um ihr Ziel zu erreichen.

Im übrigen hat sich die Gruppierung der Parteien durch die Neuwahlen ganz bedeutend zugunsten der Konservativen verändert. Die Liberalen haben keine unbedingte Majorität mehr, sondern sind auf die Arbeiterpartei und die Nationalisten angewiesen. Beide werden natürlich die willkommene Gelegenheit benutzen, ihre eigenen Interessen in den Vordergrund zu schieben. Eine Förderung sozialdemokratischer Bestrebungen bedeutete jedoch den unmittelbaren Sturz der Liberalen, während zu weit gehende Konzessionen an Irland ihre Anhängerzahl wesentlich verringern würden.

Unter so schwierigen Verhältnissen ist es nicht unwahrscheinlich, daß die neue Regierungsperiode von kurzer Dauer sein wird, und das Ringen der beiden großen Parteien um die Oberhand in absehbarer Zeit nochmals in offenem Kampf und mit erneuerter Wucht zum Ausbruch kommt.

